



Demokratie – nicht ohne Dich!

Online-Seminarreihe für Demokratie in ländlichen Räumen

5. Oktober 2021 bis 30. November 2021 – 14-tägig
Jeweils dienstags ab 18.30 Uhr

ASG | Agrarsoziale
Gesellschaft e.V.

Land Frauen
Rheinischer LandFrauenverband e.V.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

ZeLE.
Zentrum für ländliche Entwicklung

LAND FRAUEN
Verband Rheinessen e.V.

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages


rentenbank

Land Frauen
Westfälisch-Lippischer LandFrauenverband e.V.

Einladung

Bevölkerungsumfragen haben gezeigt, dass das Vertrauen in die Demokratie abnimmt. Menschen äußern Skepsis oder haben kein Vertrauen in Staatsorgane und staatliche Institutionen wie Parlamente, Regierungen und Gerichte.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung beispielsweise fragte in ihrer Studie „Vertrauen in die Demokratie“, wie viel Vertrauen die Befragten Institutionen und Organisationen entgegenbringen:

- Rund 60 % der Befragten gaben an, wenig bis gar kein Vertrauen in die Bundesregierung zu haben.
- Knapp 80 % der Befragten schenken Parteien wenig bis gar kein Vertrauen.

Die Befragten haben das Gefühl, sie könnten nicht richtig mitwirken und ihre Meinung werde nicht beachtet. (Quelle: www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie, zitiert nach www.lpb-bw.de/krise-der-demokratie)

Ein weiteres Indiz dafür, dass sich die Demokratie möglicherweise in einer Krise befindet, ist die tendenziell sinkende politische Beteiligung. Häufig wird geringe Wahlbeteiligung als Hinweis auf abnehmende politische Partizipation, Kritik am demokratischen System oder Politikverdrossenheit gewertet. Fast ein Viertel der Wahlberechtigten machte bei der Bundestagswahl 2017 keinen Gebrauch vom Wahlrecht. 1972 lag die Wahlbeteiligung immerhin noch bei 91,1 %. Bei Landtags- und insbesondere bei Kommunal- und Europawahlen ist die Wahlbeteiligung noch geringer als bei Bundestagswahlen. In einigen anderen Ländern Europas ist der Anteil der Nichtwählerinnen und -wähler sogar noch deutlich höher. (Quelle: www.lpb-bw.de/krise-der-demokratie)

Dennoch ist es den meisten Menschen in Deutschland laut Friedrich-Ebert-Stiftung wichtig, in einer Demokratie zu leben. „Trendlose Schwankungen“ in der Zufriedenheit mit der Demokratie habe es in der Geschichte immer wieder gegeben.

Wir möchten mit unserer Online-Reihe Informationen zu den aktuellen Herausforderungen der Demokratie geben und gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen, weil wir der Meinung sind, dass die Demokratie ein kostbares Gut ist, für das es sich lohnt zu streiten und das wir lebendig weiterentwickeln sollten.

Wir danken dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen Rentenbank und allen Kooperationspartnern für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit.

Programm

- 5.10.2021** **Ist unsere Demokratie bedroht?**
- 19.10.2021** **Gefahr von Rechts – Rechtsextremismus und -populismus in ländlichen Räumen**
- 2.11.2021** **Demokratie am Limit? – Vom Umgang mit Krisen in einer Demokratie am Beispiel Corona**
- 16.11.2021** **Ohne Frauen ist kein Staat zu machen! – Gleichstellung ist Auftrag und zugleich wichtige Bedingung unserer Demokratie**
- 30.11.2021** **Haben Lügen wirklich kurze Beine? – Oder: Sind Fake News eine Gefahr für unsere Demokratie?**



Die Teilnahme ist kostenlos.

Anmeldung über Link oder Barcode:

https://www.asg-goe.de/Anmeldung_Demokratie.shtml

Veranstalter und Informationen:

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Kurze-Geismar-Straße 33
37073 Göttingen
Tel.: 0551-49709-0
E-Mail: info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Ist unsere Demokratie bedroht?

Dienstag, 5. Oktober 2021 / 18.30 bis ca. 20.45 Uhr

(Einwählen, Technikcheck und Erläuterungen zur Technik ab 17.30 Uhr)

18.30 Uhr Begrüßung

18.45 Uhr Meine Erfahrungen mit Demokratie – Gruppenarbeit –

**19.00 Uhr Gut zu wissen: Demokratie ist nicht gleich Demokratie!
Vielfältige Konzepte – vielfältige Demokratie**

Demokratie ist vielfältig. Der Vortrag gibt einen Überblick über verschiedene Demokratietheorien. Wir wollen gemeinsam diskutieren, wie diese zu unserem subjektiven Verständnis von Demokratie passen. Insbesondere wollen wir klären, was das Demokratiemodell der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Typen moderner Demokratie eigentlich ausmacht?

Dr. Rolf Frankenberger, Institut für Politikwissenschaft, Tübingen

19.30 Uhr Demokratie in Gefahr?

Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien stellen große und dauerhafte Bedrohungen für die Demokratie dar. Seit Jahren scheint sich unsere Gesellschaft zu polarisieren – vor allem in der Frage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen und welche Weichen gestellt werden müssen, damit Zusammenhalt in Zukunft gelingt. Hierfür gilt die Bundestagswahl am 26. September als richtungsentscheidend. Im Vortrag blicken wir auf den Ausgang der Wahl, schauen aber auch cursorisch auf Erklärungsansätze für demokratiegefährdende Tendenzen sowie auf mögliche Gegenstrategien.

Dr. Axel Salheiser, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena

20.45 Uhr Fragen und Diskussion

Moderation:

Jutta Kuhles, Präsidentin des Rheinischen LandFrauenverbandes e.V.

Michael Busch, Geschäftsführer Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Gefahr von Rechts

Rechtsextremismus und -populismus in ländlichen Räumen

Dienstag, 19. Oktober 2021 / 18.30 bis ca. 20.45 Uhr

(Einwählen, Technikcheck und Erläuterungen zur Technik ab 18.00 Uhr)

Menschenwürde für alle und Respekt vor anderen sind die zentralen Grundlagen und Ziele einer humanen und freiheitlichen Gesellschaft. Rechtsextremistische Bewegungen arbeiten gegen diese Prinzipien. Ohne Respekt vor Menschenwürde und demokratischen Rechten drohen Willkür, Gewalt und Unrecht.

18.30 Uhr Begrüßung

18.40 Uhr Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auf dem Land – Warum ländliche Regionen besonders anfällig sind

Nach einer knappen Übersicht über die Modernisierungen des Rechtsextremismus wird auf die Gründe eingegangen, weshalb ländliche Räume häufig anfälliger für rechtspopulistisches und rechtsextremes Gedankengut sind. In einem zweiten Teil werden Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in den ländlichen Räumen skizziert.

Dr. Titus Simon, Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung i.R.

19.10 Uhr „Ziemlich beste Nachbarn“ – Neonazis & Völkische in ländlichen Regionen

Lehmbau-Workshops, Volkstanzkurse und Erntefeste – auf dem Land ist einiges los. Wenn aber gegen Migrant*innen gehetzt und antisemitisches Gedankengut verbreitet wird, droht die Gefahr einer rechten Vereinnahmung im Dorf. In dem Vortrag soll es um die Strategien völkischer Akteur*innen in ländlichen Räumen und um zivilgesellschaftliche Gegenstrategien gehen.

Anna Weers, Amadeu Antonio Stiftung

19.40 Uhr „Stadt, Land, Rechts? –

Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in NRW“

Der Rechtsextremismus ist kein einheitliches, ideologisch geschlossenes Phänomen, sondern umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Strömungen, ideologischer Ausrichtungen und Organisationsformen. In dem Impuls wird ein kurzer Überblick geboten, welche Erscheinungsformen und Anknüpfungspunkte sich in Nordrhein-Westfalen im ländlichen Raum finden. Die Vorstellung der Präventionsangebote des Innenministeriums rundet den Vortrag ab.

Dr. Pascal Henke, Referent, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

20.30 Uhr Fragen und Diskussion

Moderation:

Jutta Kuhles, Präsidentin des Rheinischen LandFrauenverbandes e.V.

Michael Busch, Geschäftsführer Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Demokratie am Limit?

Vom Umgang mit Krisen in einer Demokratie am Beispiel Corona

Dienstag, 2. November 2021 / 18.30 bis ca. 20.30 Uhr

(Einwählen, Technikcheck und Erläuterungen zur Technik ab 18.00 Uhr)

Immer häufiger hat man in der heutigen Zeit das Gefühl, dass sich Unsicherheit und Krisen kaum noch verdrängen lassen. Klimawandel, Finanzkollaps, Islamischer Staat und jetzt auch noch die Corona-Pandemie. Die Politik hetzt von einer Herausforderung zur nächsten, getrieben von der Aufmerksamkeitslogik der Medien, omnipräsent und scheinbar ohnmächtig zugleich. Manchmal scheint es, als dauere es viel zu lange, alle Meinungen zu hören ... um am Ende doch nur einen Kompromiss zu finden, der keinem wirklich hilft? Verlangen Krisen oder Zeiten radikalen Wandels möglicherweise andere Formen der Entscheidungsfindung und Machtausübung?

18.30 Uhr Begrüßung

18.40 Uhr Grundrechte und Demokratie in Zeiten von Corona. Gedanken und Thesen zum Ausnahmezustand, zu „neuer Normalität“ und den Folgen

In diesem Vortrag werden grundsätzliche Erwägungen und kritische Bewertungen vorgenommen – wohl wissend, dass sich die Corona-Lage und die Kenntnisse über dieses Virus und seine Mutanten ständig wandeln können, genauso wie die Erkenntnisse über Wirksamkeit, Verhältnis- und Verfassungsmäßigkeit exekutiv verordneter Eindämmungsmaßnahmen (Stand: Anfang März 2021). Trotz dieser Unwägbarkeit, trotz aller Vorläufigkeit behalten die in diesem Vortrag behandelten demokratischen und sozialen Grundwerte, Grundrechte und Verfassungsgrundsätze auch in der „Corona-Krise“ ihre Gültigkeit und dürfen in ihren Wesenskernen keinesfalls unter Pandemievorbehalt gestellt werden.

Dr. Rolf Gössner, Jurist, Publizist und Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte (Berlin)

19.10 Uhr Vom Umgang mit Krisen in einer Demokratie am Beispiel Corona

„Aggression und Gewaltbereitschaft haben in der Corona-Krise definitiv zugenommen“, sagt Erik Lierenfeld, Bürgermeister der Stadt Dormagen in NRW. „Der Staat greift in das Leben der Menschen ein – dass das nicht immer hingenommen wird, ist nachvollziehbar. Meine Mitarbeiter und ich erleben aber massive Bedrohungen und Beleidigungen.“ (Quelle: kommunal Heft 3/2021)

Immer öfter hören wir Meldungen von Gewaltandrohungen gegen Kommunalpolitiker*innen. Dabei stehen sie in erster Reihe und müssen Beschlüsse von Bund und Ländern auf lokaler Ebene umsetzen. Wie kann man hiermit umgehen, wo müssten Änderungen – eventuell auch auf Bund- oder Länderebene ansetzen?

Erik Lierenfeld, Bürgermeister der Stadt Dormagen

19.40 Uhr Fragen und Diskussion

Moderation:

Regina Selhorst, Präsidentin des Westfälisch-Lippischen LandFrauenverbände e.V.

Michael Busch, Geschäftsführer Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!

Gleichstellung ist Auftrag und zugleich wichtige Bedingung unserer Demokratie

Dienstag, 16. November 2021 / 18.30 bis ca. 20.30 Uhr

(Einwählen, Technikcheck und Erläuterungen zur Technik ab 18.00 Uhr)

Die Gleichberechtigung ist ein Grundpfeiler der Demokratie und viele demokratische Grundsätze beruhen darauf. In einer Demokratie sollen alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Rechte und Pflichten haben. Die Macht ist jedoch – auch bei uns in Deutschland – immer noch ungleich verteilt. Seit mehr als 100 Jahren besitzen Frauen das aktive und das passive Wahlrecht. Dennoch betrug der Frauenanteil im 19. Bundestag nur 30,9 %. Auch in den Landtagen ist der Frauenanteil bei den letzten Wahlen überwiegend gesunken. Eine ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechende politische Teilhabe von Frauen ist damit offensichtlich nicht selbstverständlich und – wie aktuelle Entwicklungen zeigen – auch kein stetig fortschreitender Prozess. Und auch außerhalb der Parlamente haben Frauen in vielen anderen Bereichen noch nicht die gleichen Chancen wie Männer.

18.30 Uhr Begrüßung

18.40 Uhr Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie – Herausforderungen und Handlungsoptionen

Eine Demokratie, in der in Politik und Gesellschaft Geschlechtergerechtigkeit nicht umgesetzt ist, wird oft als ‚halbe Demokratie‘ bezeichnet. In Deutschland kann in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von Gleichstellungserfolgen verzeichnet werden. Allerdings sind eine geschlechtergerechte Teilhabe und Partizipation noch immer nicht erreicht – wo bestehen Gleichstellungsdefizite und wie können sie beseitigt werden?

Prof. Dr. habil. Clarissa Rudolph, Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg

19.10 Uhr Frauen müssen mitgestalten – mehr Frauen für eine starke Demokratie!

Wie können wir mehr Frauen für die (Kommunal-)Politik gewinnen und sie halten? Was hält sie von einem Engagement ab, welche Rahmenbedingungen können den Einstieg in die Politik erleichtern? Das diskutieren wir regelmäßig mit engagierten und interessierten Frauen, davon viele kommunalpolitisch tätig, in unserem ländlichen Kreis und bauen dabei langsam ein immer weiteres und festeres Netzwerk auf. Ergebnisse unserer Diskussionen werden Schritt für Schritt umgesetzt.

Ministerin a.D. Dr. Juliane Rumpf, Vorsitzende des Vorstands der ASG und Präsidentin des Kreistages des Kreises Rendsburg-Eckernförde, Sehestedt

19.40 Uhr Fragen und Diskussion

Moderation:

Ursula Braunewell, Vorsitzende Land Frauen Verband Rheinhessen e.V.

Michael Busch, Geschäftsführer Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Haben Lügen wirklich kurze Beine?

Oder: Sind Fake News eine Gefahr für unsere Demokratie?

Dienstag, 30. November 2021 / 18.30 bis ca. 20.30 Uhr

(Einwählen, Technikcheck und Erläuterungen zur Technik ab 18.00 Uhr)

Fake News können zum Hass gegen ganze Bevölkerungsgruppen beitragen. Sie sind daher Gift für den gesellschaftlichen Frieden. Fake News werden vor allem von rechtspopulistischen, rechts-extremen und neurechten Blogs und Akteur*innen verbreitet. Lügen werden gezielt gestreut, um Angst, Rassismus und Hass zu schüren. Es geht oft auch darum, Wut gegen Politiker und Politikerinnen anzufachen.

18.30 Uhr Begrüßung

18.40 Uhr Fake News: Woher kommen sie, welchen Einfluss haben sie auf die Demokratie und was kann man dagegen tun?

Das Phänomen aktueller Desinformation ist an sich nicht neu – immer schon hat sich Propaganda falscher Tatsachenbehauptungen für ihre Zwecke bedient. Der Aufwand war früher allerdings vergleichsweise hoch und die Verbreitung begrenzt. Nun aber ermöglichen es digitale und hier vor allem die sozialen Medien wie Facebook oder Twitter, falsche Informationen zu aktuellen politischen Themen in kürzester Zeit massenhaft zu verbreiten. Das ist eine neue Qualität.

Prof. Dr. Matthias Kohring, Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Mannheim

19.10 Uhr „Das wird man wohl noch sagen dürfen“ vs. Grenzen der Meinungsfreiheit

Die Meinungsfreiheit ist ein wichtiges Gut unserer demokratischen Gesellschaft und entsprechend im Grundgesetz unter Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG verankert. Dennoch hat die Meinungsfreiheit in Deutschland und auch einigen anderen Ländern ihre Grenzen; so sind unter anderem Beleidigungen, Volksverhetzung, der öffentliche Aufruf zu Straftaten sowie die Verleugnung des Holocausts per Gesetz in Deutschland verboten. Nicht so jedoch in den USA. Dort wird der Begriff der Meinungsfreiheit sehr weit gefasst. Vieles, was in Deutschland bereits strafrechtlich relevant wäre, gilt in den USA als freie Meinungsäußerung. Warum ist das so und welche Auswirkungen hat das auf die Online-Diskurse, die zum größten Teil auf sozialen Netzwerken stattfinden, deren Ursprung und Hauptsitz in den USA liegt?

Tajana Graovac, Projektmanagerin, Neue deutsche Medienmacher*innen e.V.

19.40 Uhr Fragen und Diskussion

Moderation:

Jutta Kuhles, Präsidentin des Rheinischen LandFrauenverbandes e.V.

Michael Busch, Geschäftsführer Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Demokratie – nicht ohne Dich!

Die Referent*innen unserer Online-Reihe:

1. Termin – 5.10.2021

Dr. Rolf Frankenberger ist akademischer Rat an der Eberhard Karls Universität Tübingen und forscht zu Diktaturen, Extremismus und Populismus.

Dr. Axel Salheiser ist Soziologe und wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Er forscht u. a. zu Rechtsextremismus, Ethnozentrismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Im Rahmen der Beteiligung des IDZ am „Forschungsinstituts gesellschaftlicher Zusammenhalt“ leitet Axel Salheiser ein Projekt zum Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und den Herausforderungen im Kontext des Klimawandels.

2. Termin – 19.10.2021

Prof. em. Dr. Titus Simon studierte Rechtswissenschaften, Sozialarbeit, Pädagogik und Journalistik. Er hatte zwischen 1992 und 1996 die Professur „Jugend und Gewalt“ an der FH Wiesbaden inne und wurde 1996 auf die Professur für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der Hochschule Magdeburg-Stendal berufen.

Anna Weers ist Referentin für Rechtsextremismus in ländlichen Räumen bei der Amadeu Antonio Stiftung und forscht zum Themengebiet der rechten Landnahme.

Dr. Pascal Henke ist Referent im Referat Prävention und Aussteigerprogramme des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen.

3. Termin – 2.11.2021

Dr. Rolf Gössner ist Autor zahlreicher Publikationen zum Themenbereich Demokratie, Innere Sicherheit und Bürgerrechte sowie Mitherausgeber der Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft „Ossietsyky“ und des jährlich erscheinenden „Grundrechte-Reports“. Ausgezeichnet u. a. mit dem Kultur- und Friedenspreis der Villa Ichon Bremen sowie dem Hans-Litten-Preis 2020 der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ).
Internet: www.rolf-goessner.de

Erik Lierenfeld ist gebürtiger Dormagener. Nach dem Studium der Verwaltungswissenschaften arbeitete er im Jobcenter in Neuss. 2014 wurde der Kommunalpolitiker (SPD) erstmals zum Bürgermeister der Stadt Dormagen gewählt und 2020 bestätigt.

Demokratie – nicht ohne Dich!

Die Referent*innen unserer Online-Reihe:

4. Termin – 16.11.2021

Prof. Dr. Clarissa Rudolph ist seit 2011 Professorin für Politikwissenschaft und Soziologie an der OTH Regensburg. Ihre Schwerpunkte in Lehre und Forschung sind Frauen- und Gleichstellungspolitik, Arbeit und Geschlecht, Gender und Care, Rechtsextremismus, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Dr. Juliane Rumpf leitete von 2009 bis 2012 das schleswig-holsteinische Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, ist Vorsitzende des Vorstands der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. und Präsidentin des Kreistages des Kreises Rendsburg-Eckernförde sowie frauenpolitisch bei Zonta International als Mitglied des Zonta Club Kiel aktiv. Zonta ist ein weltweites Netzwerk berufstätiger Frauen, die international, national und lokal für die Rechte von Frauen eintritt, benachteiligte Frauen unterstützt und begabte junge Frauen fördert.

5. Termin – 30.11.2021

Dr. Matthias Kohring ist seit September 2010 Professor für Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Mannheim. Er studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Germanistik an der Universität Münster. Danach war er an der Technischen Universität Ilmenau und an der Universität Jena beschäftigt. Von 2006 bis 2010 war er Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster. In der Forschung beschäftigt er sich vor allem mit Wissenschaftskommunikation, Öffentlichkeit und Journalismus sowie Vertrauen in Medien.

Tajana Graovac, Master of Arts an der Universität zu Köln in North American Studies zu Rassismusforschung, Postcolonial Studies und Politikwissenschaften. Seit 2019 Community Managerin für Social Media im No Hate Speech Movement und für die Neuen deutschen Medienmacher*innen e.V. Seit Juni 2021 Projektleitung im No Hate Speech Movement Deutschland. Leitung von Workshops und Veranstaltungen zu den Themen Antirassismus, Hate Speech, Medienkompetenz und Fake News.